

**Neubaustrecke: Gemeinsames Papier der Bürgermeister von Bensheim, Heppenheim und Zwingenberg knüpft an die Erklärung der südhessischen Rathauschefs an**

## **Drei Städte untermauern Position zur Bahntrasse**



*Zur ICE-Neubaustrecke durch die Region haben die Bürgermeister von Bensheim, Heppenheim und Zwingenberg ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht.*

© dpa

Bergstraße. Die Städte Bensheim, Heppenheim und Zwingenberg haben gestern ein gemeinsames Positionspapier zur geplanten Neubaustrecke der Bahn zwischen Frankfurt und Mannheim veröffentlicht. Damit knüpfen die Bürgermeister Rolf Richter (Bensheim), Rainer Burelbach (Heppenheim) und Dr. Holger Habich (Zwingenberg) an die gemeinsame Erklärung der südhessischen Bürgermeister und Landräte vom vergangenen September an. Die Rathauschefs der drei Bergsträßer Kommunen legen in dem Papier die aus ihrer Sicht wichtigsten Positionen dar.

### **Einrichtung eines Projektbeirates**

Die frühzeitige Einrichtung eines Projektbeirates zur Verfahrens- und Projektbegleitung nach dem Vorbild der Rheintalbahn wird von ihnen grundsätzlich unterstützt. Ziel des Projektbeirates müsse es sein, die kommunalen und regionalen Interessen frühzeitig einzubinden - verbunden mit dem Auftrag, konsensfähige Empfehlungen auszusprechen. Zu dem Projektbeirat müssten alle relevanten Akteure eingeladen werden, was für Richter, Burelbach und Habich bedeutet, dass nicht nur die Repräsentanten der Kreise und Kommunen, sondern auch Regionalverbände, Regierungspräsidien sowie Bürgerinitiativen und Naturschutzverbände hinzugezogen werden müssen. Deren Empfehlungen zum Schutz von Anwohnern und Natur seien "ernsthaft in die Planung einzubinden".

## **Trassenführung und Bündelung**

Die Trassenführung der Neubaustrecke ist für Bensheim, Heppenheim und Zwingenberg "ausschließlich in Bündelung mit der A67" vorstellbar. Im Falle einer Realisierung sind die Ausbaupläne der A67 mit denen der Bahn zu bündeln. "Nur mit dieser Bündelung ist der Flächenverbrauch zu minimieren, ein ausreichender Lärmschutz für bewohnte Gebiete zu sichern und die bauzeitliche Beeinträchtigung auf ein Mindestmaß zu reduzieren", betonen die drei Bürgermeister.

## **Anbindung an den Flughafen**

Wert legen die Verwaltungschefs auch auf die Nordanbindung des Darmstädter Hauptbahnhofs und damit zum Flughafen Frankfurt. Darüber hinaus soll aus Sicht der Bürgermeister die Weiterführung der Strecke in Richtung Wiesbaden angestrebt werden, damit die Bergsträßer die Landeshauptstadt besser erreichen können.

## **Bedeutung für die Bergstraße**

Eine Entmischung auf den Bestandsstrecken dürfe nicht dazu führen, dass der Personenfernverkehr ausschließlich auf der Neubaustrecke geführt wird. Die IC-Haltepunkte entlang der Bergstraße seien besonders angesichts der täglichen Pendlerströme sowohl nach Norden als auch nach Süden "zwingend zu erhalten und in ihrer Taktung zu verbessern", fordern die drei Verwaltungschefs. Die Verlagerung der ICE-Züge tagsüber auf die Neubaustrecke dürfe nicht dazu führen, dass frei werdende Kapazitäten für mehr Güterzüge genutzt werden und zu einer stärkeren Lärmbelastung der Menschen in der Region führen. Die Trassenkapazitäten seien vielmehr für eine verbesserte Nahverkehrsanbindung des Kreises Bergstraße zu nutzen. Fahrzeitverkürzung und eine Erhöhung der Pünktlichkeit im Nahverkehr müssen erreicht werden. Aus Sicht der Städte Bensheim, Heppenheim und Zwingenberg ist besonders der Erhalt der Möglichkeit einer S-Bahn-Anbindung sowohl nach Norden als auch nach Süden unabdingbar.

## **Verlagerung des Güterverkehrs**

Die Verlagerung des nächtlichen Güterverkehrs weg von den Bestandsstrecken auf die geplante Neubautrasse wird von Richter, Burelbach und Habich begrüßt. Diese Potenziale müssen vollständig ausgeschöpft werden, um eine Lärmentlastung der Anwohner herbeizuführen.

## **Lärmschutz**

Im Rahmen der Planung der Neubaustrecke komme dem Lärmschutz enorme Bedeutung bei. Es sei davon auszugehen, dass die bisherigen Planungen zu den Lärmschutzmaßnahmen nicht ausreichen werden, um die vorgeschriebenen Grenzwerte einzuhalten. Die Realisierung des von der gesamten Region geforderten bergmännischen Tunnels dürfe nicht dazu führen, dass der bereits planfestgestellte oberirdische Ausbau der A67 zulasten der Anwohner Langwadens erfolgt. "Hier müssen ein optimierter

Lärmschutz und eine Verbesserung der aktuellen Lärmsituation vor Ort das Ziel sein", fordern die drei Bergsträßer Verwaltungschefs.

Lärmschutzmaßnahmen mindestens im Standard einer Neubaustrecke fordern Richter, Burelbach und Habich auch für die Bestandsstrecken. Es dürfe zu keiner "Neuverlärmung von Siedlungsbereichen" kommen.

## **Bergmännischer Tunnel**

Bei einer Bündelung der Neubautrasse entlang der A67 ist für die drei Verwaltungschefs die Realisierung des bereits seit 2008 geforderten langen bergmännischen Tunnels und die möglichst weitgehende Bündelung mit der A 67 nach Süden "unverzichtbar".

Der Tunnel sollte bereits nördlich von Langwaden und nördlich des bestehenden FFH- und Vogelschutzgebietes im Jägersburger beziehungsweise Gernsheimer Wald beginnen. Nur dann sei ein verlässlicher Lärmschutz für die Anwohner sowie die Vermeidung des Eingriffs in wertvolle Lebensräume der Natura-2000-Schutzgebiete zu erzielen.

*Bergsträßer Anzeiger, Mittwoch, 04.01.2017*